

Elbkurier

CDU MAGDEBURG

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

Seite 2

Kernpunkte für die OB-Wahl am 9. März 2008

Seite 3

Schwenke: "Alle Schulen müssen saniert werden"

Seite 4

Angela Merkel: "Die CDU ist die Volkspartei der Mitte"

Seite 7

Konsequentes Handeln bei jugendlichen Straftätern

Seite 10

JU-Chef Mißfelder über den Dialog der Generationen ...

Seite 12

Neue Vorstände in Olvenstedt und Südost gewählt

Seite 14

Ausstellung bis 5. März: "Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?"

Neujahrsempfang



Wigbert Schwenke im Gespräch mit Ministerpräsident Böhmer am Rande des CDU-Neujahrsempfangs am 14. Januar in den Räumen der Stadtparkasse Magdeburg. Neben der Rede Böhmers standen die Schwerpunkte des Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl am 9. März im Mittelpunkt des Abends.
lesen sie weiter auf Seite 8

Voller Einsatz für Magdeburgs Zukunft

Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger, liebe Freunde, in unserer Heimatstadt darf es keinen Stillstand geben! Dafür setze ich mich mit meiner ganzen Leidenschaft und Kompetenz ein. Gemeinsam können wir für unser Magdeburg, die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, noch vieles erreichen. Bei der Wahl zum Oberbürgermeister unserer Stadt werbe ich deshalb um ihr Vertrauen und ihre Stimme!

Mein Ziel ist es, die Interessen aller Generationen in Magdeburg angemessen zu berücksichtigen. Ich stehe ein für eine Wirtschaftspolitik, die sich sowohl um Neuan-siedlungen als auch um die bereits vor Ort ansässigen Unternehmen intensiv kümmert. Prio-



Wigbert Schwenke steht in vorderster Linie, wenn es um den Erhalt des Schiffshewerks in Rothensee geht. Das Bild zeigt den OB-Kandidaten anlässlich der Übergabe der Unterschriftensammlung in Berlin. Fotos: T. Krull

hauptstadt mit den umliegenden Gemeinden und Landkreisen. Nur wenn alle Partner gleichberechtigt

nationale und internationaler Verkehrswege zu Land, zu Wasser und in der Luft.

Nur im gegenseitigen respektvollen Umgang zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Beigeordneten, dem Oberbürgermeister sowie dem Stadtrat kann das Optimum für die Bürger unserer Stadt erreicht werden. Hier sehe ich dringenden Verbesserungsbedarf!

Mein Anspruch ist es, die Entwicklung Magdeburgs nicht nur zu verwalten sondern auch zu gestalten. Geben Sie mir am 9. März 2008 Ihre Stimme, damit wir gemeinsam für ein zukunftsfähiges, lebens- und liebenswertes Magdeburg arbeiten können.

Ihr



OB-Kandidat Wigbert Schwenke vor Ort. Gemeinsam mit Bau- und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre und Stadtrat Eberhard Seifert bespricht er den weiteren Ausbau der Infrastruktur in der Stadt.

rität haben der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die soziale Infrastruktur der Landeshauptstadt muss, auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, gestärkt und den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Niemand darf auf Grund von persönlichen Einschränkungen in unserer Stadt zurückgelassen werden!

Wesentlich für die Entwicklung unserer Stadt ist ein vertrauensvolles Miteinander der Landes-

ihre Interessen vertreten können, ist für die Region Magdeburg eine gute Zukunft gesichert.

Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in unserer Stadt hat für mich eine hohe Bedeutung. Dazu gehört neben einem bedarfsgerechten Ausbau von Straßen auch die Verbesserung der Brückenquerungen über die Elbe, die Verbesserung des Angebotes des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie der qualifizier-te Anschluss unserer Stadt an



Schwenkes Kernpunkte für die OB-Wahl am 9. März 2008



Die Weiterentwicklung Magdeburgs zu einem modernen und leistungsfähigen Industrie-, Verwaltungs-, Dienstleistungs-, Hochschul- und Kulturstandort und einer lebens- und liebenwerten Heimatstadt kann gelingen durch:

- massive Bemühungen zur Ansiedlung neuer Firmen und eine an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientierte Bestandsförderung mit dem Ziel Arbeitsplätze in Magdeburg zu erhalten und neu zu schaffen
- eine Finanzpolitik, die auch späteren Generationen Handlungsspielräume erhält
- verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung von Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Plätzen, in Grünanlagen und auf Spielplätzen
- eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und Landkreisen zur Stärkung der Region Magdeburg
- die Sanierung von Sportanlagen zur Nutzung für Schul-, Vereins-, Freizeit- und Leistungssport
- den Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur, wie den weitgehend vierspurigen Ausbau der B1-Stadtstrecke, die Verlängerung des geplanten Tunnels vom Damaschkeplatz bis hinter die Kreuzung Ernst-Reuter-Allee/Breiter Weg, die Verbesserung der Brückenverbindungen
- den zügigen Bau der Nordverlängerung der A14, um Magdeburg noch besser an überregionale Verkehrsnetze anzubinden
- den Ausbau des Magdeburger Hafens und den Erhalt des Schiffshebewerkes Rothensee als betriebsfähiges technisches Denkmal und touristischen Anziehungspunkt
- die Erarbeitung eines Sanierungsprogramms für alle Magdeburger Kindertageseinrichtungen und Schulen
- die Öffnung der Schuleinzugsbereiche auch für Grund- und Sekundarschulen, um Freiheit für die Eltern und ihre Kinder bei der Wahl des Schulprofils zu ermöglichen
- die Förderung von Hochkultur und Soziokultur in der Stadt
- Nutzung des Programms "Stadtumbau Ost" als Chance für eine positive Umprofilierung der Neubaugebiete und zur Stärkung der Lebensqualität in unserer Stadt
- die Unterstützung jeder Form ehrenamtlicher Arbeit und ressortübergreifend eine Politik, die die Interessen aller Generationen in unserer Stadt berücksichtigt

Verantwortung für Altenheimschließung muss geklärt werden

Seit Wochen wird in Magdeburg, aber auch überregional, die Schließung des kommunalen Alten- und Pflegeheimes "Am Luisengarten" in der Öffentlichkeit intensiv und emotional diskutiert. Am 10. Dezember letzten Jahres verfügte das Landesverwaltungsamt, als die für die Heimaufsicht zuständige Behörde, die Schließung dieser Einrichtung. Begründet wurde diese Verfügung mit den erheblichen Mängeln im Bereich der Pflege. Ein mehr als 300 Seiten starker Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen erläutert ausführlich die gefundenen Mängel. Das Spektrum reichte dabei von teilweise unhygienischen Zuständen, über Mangelernährung bis hin zu fehlender fachgerechter Betreuung. Um es ganz deutlich zu sagen, das Pflegepersonal in dieser Einrichtung hat sicher sein Möglichstes getan, um Bewohnern ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Aber trotzdem herr-



Eingang des Alten- und Pflegeheims "Am Luisengarten". Bis Ende Februar müssen alle noch verbliebenen Bewohner in anderen Einrichtungen untergebracht werden.
Foto: Tobias Krull

schen offensichtlich vor Ort Zustände, die eine schnellstmögliche Schließung, die auch vom Gericht bestätigt wurde, unumgänglich machten. Neben der schnellen Hilfe für die betroffenen Heimbewohner und deren Angehörige muss aber auch die Frage nach Verantwortlich-

keiten für diese Misere gestellt werden. Wenn hier der Oberbürgermeister von einer überfallartigen Schließung spricht, gibt es wohl mehr als nur einfache Kommunikationsdefizite innerhalb der Stadtverwaltung. Seit mehr als drei Jahren waren die Zustände in diesem Altenpflegeheim immer wieder

Thema von Prüfberichten. Warum wusste der Chef der Stadtverwaltung, Dr. Trümper, nichts über diese Mängel? Am Umgang mit der älteren Generation muss sich eine Gesellschaft und ihre führenden Vertreter messen lassen. War dieses Thema in diesem Fall den Verantwortlichen etwa nicht wichtig genug, um sich damit zu beschäftigen? Genauso muss sich die Sozialbeigeordnete Beate Bröcker als Betriebsausschussvorsitzende fragen lassen, warum sie keine wirksamen Schritte eingeleitet hat, die Zustände in diesem Heim zu verbessern. Es muss auch die Frage geklärt werden, was die anderen Mitglieder des Betriebsausschusses über den Sachverhalt wussten bzw. was ihnen verschwiegen wurde? Welche Konsequenzen, organisatorisch und personell, werden aus diesen Vorfällen gezogen? Eine ehrliche Aufarbeitung des Skandals ist unabdingbar.

Wigbert Schwenke, MdL

Gedenken an die Zerstörung Magdeburgs



Die Erinnerung an die zweite Zerstörung Magdeburgs ist tief verankert im Bewusstsein der Bürgerschaft. Ein Missbrauch dieses Gedenktages durch Radikale von links und rechts ist entschieden abzulehnen. Im Bild die Gedenkveranstaltung am 16.01.2008 auf dem Westfriedhof. Foto: T. Krull

Am 16. Januar 1945 zerstörten alliierte Bomberverbände große Teile unserer Stadt. Mehrere tau-

send Menschen starben, noch mehr wurden verletzt und die Narben, die diese Nacht in das

Gesicht Magdeburgs geschlagen hat, sind bis heute nicht ganz verheilt.

Neben der offiziellen Gedenkveranstaltung auf dem Westfriedhof gab es zahlreiche weitere Termine in diesem Zusammenhang.

So folgten dem Aufruf des Rings-Politischer-Jugend Magdeburg, ein Zeichen gegen den politischen Missbrauchs des Gedenkens an die schrecklichen Ereignisse zu setzen, zahlreiche Magdeburgerinnen und Magdeburger aller Generationen.

An diesen Terminen und an der Demonstration gegen den rechtstremistischen Aufmarsch am 19. Januar 2008 nahmen auch der Stadtrat und CDU-Oberbürgermeisterkandidat Wigbert Schwenke teil. Tobias Krull

Junge Union steht hinter Wigbert Schwenke

Vielfältig waren die Aktivitäten unseres Kreisverbandes. Der 1. Dezember war der internationale Welt-Aids-Tag. Um auf die Gefahren und das Schicksal der Betroffenen hinzuweisen, verteilte die JU Magdeburg 500 sogenannte AIDS-Schleifen. Durch das Tragen der Schleifen kann jeder seine Solidarität mit den Opfern dieser Erkrankung und deren Angehörigen öffentlich zeigen. Traditionell veranstaltete der Kreisverband Magdeburg auch seine Spendensammlung für den guten Zweck zum Jahreswechsel. Unterstützt durch die Firma Magdeburger Gastro Konzept GmbH wurden 800 Euro gesammelt. Dieses Geld ging an den Magdeburger Förderkreis krebskranker Kinder e.V. und an den Förderverein für das Blutspendewesen in Magdeburg e.V.

Um ein Zeichen gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Opfer der Bombenangriffe vom 16. Januar 1945 zu setzen führten die im Ring-Politischer-Jugend (RPJ) Magdeburg vertretenen Jugendorganisationen eine gemeinsame Aktion durch. Zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern wurden Kerzen angezündet, die die Worte Frieden und



Dem Aufruf des Rings-Politischer-Jugend Magdeburg, ein Zeichen gegen den politischen Missbrauchs des Gedenkens an die schrecklichen Ereignisse zu setzen, folgten zahlreiche Menschen aller Generationen. Gemeinsam wurden aus angezündeten Kerzen die Wörter Toleranz und Frieden am Eingang zum Dom gelegt. Foto: Tobias Krull

Toleranz bildeten. Diese beiden Wörter stehen für Ziele, für die unsere Gesellschaft aktiv eintreten muss, damit solche schrecklichen Ereignisse nie wieder geschehen.

Im Rahmen des RPJs wurde auch eine Postkartenaktion zum OB-Wahlkampf gestartet, mit der für die Wahrnehmung des Wahlrechts durch Jung- und Erstwähler geworben wird. Bei vielen Aktionen wird die JU durch Wigbert Schwenke, MdL, aktiv unterstützt. Er gehört zu der Sorte

Menschen, die nicht nur über Generationengerechtigkeit reden, sondern die Einbindung der jüngeren Generation in Entscheidungsprozesse aktiv betreiben. Daher unterstützen wir seine Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl.

Mit Ihm hätte unsere Stadt die besten Chancen für eine zukunftsfähige Entwicklung damit alle Generationen hier einen lebens- und liebenswerten Ort finden.

Tobias Krull
JU-Kreisvorsitzender

Alle Schulen müssen saniert werden

Es ist mehr als begrüßenswert, dass nun in Magdeburg drei Schulen über das Ganztagschulprogramm der Bundesregierung und 20 weitere Schulstandorte über Öffentlich-Private-Partnerschaften (sogenannte PPP-Modelle) saniert werden bzw. wurden.

Dies kann aber sicher nur der Anfang sein. Denn es warten noch rund 30 weitere Schulen darauf, in einen baulichen Zustand versetzt zu werden, der ihrer Funktion entspricht, nämlich als Lernort für die jüngste Generation von Magdeburgerinnen und Magdeburgern zu dienen. Es sollte das Ziel aller Verantwortlichen sein, möglichst gleichwertige Rahmenbedingungen für die Schüler in der Landeshauptstadt zu schaffen. Daher stellte die CDU-Ratsfraktion den Antrag ein solches Sanierungskonzept für alle Magdeburger Schulen zu erarbeiten. Aus unverständlichen Gründen lehnte eine Stadtratsmehrheit unser Ansinnen ab. Als CDU werden wir aber weiter bestrebt sein, dass die ganze Schülerschaft in der Landeshauptstadt unter guten Bedingungen lernen kann, um ihnen den bestmöglichen Start in das Leben zu ermöglichen.

Wigbert Schwenke, MdL

Die Stiftung **LESEN** hat den 23.11. zum bundesweiten Vorlesefest erklärt. Im Rahmen dieser Initiative soll Kindern im "besten Vorlesealter" Spaß und Freude am Lesen vermittelt werden. Auch der Landtagsabgeordnete und Stadtrat Wigbert Schwenke nutzte die Gelegenheit und las Kindern der Kindertagesstätte "Hopfengarten" die Geschichte "Ein Teufel namens Fidibus" vor. Die mehr 35 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren sowie die beiden Erzieherinnen Birgit Bolduan und Sabine Schreiber lauschten aufmerksam seinem Vortrag.

Im Anschluss übergab Wigbert Schwenke noch ein paar süße Überraschungen an die Einrichtungsleiterin Antje Woithe.

Reinhard Gurcke

Bundeskanzlerin Angela Merkel positioniert die Union:

Die Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel hielt auf dem Bundesparteitag am 3.12. in Hannover eine eindrucksvolle Grundsatzrede. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge daraus. Unter www.cdu.de können sie diese und weitere Reden nachlesen.

"Liebe Freunde, zwei Jahre nach dem Regierungswechsel spüren wir: Es gibt wieder allen Grund zur Zuversicht in Deutschland. Unser Land steht heute besser da als 2005. Wir haben eine lange Durststrecke überwunden. Schritt für Schritt arbeiten wir die Versäumnisse vergangener Jahre auf. Bei der Beschäftigung geht es bergauf. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Sanierung des Haushalts kommt voran. Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Neuverschuldung so niedrig. Ein Durchschnittsverdiener wird im nächsten Jahr durch die Senkung der Lohnzusatzkosten 270 Euro mehr in der Tasche haben. Die Löhne steigen für viele Menschen.

Ich könnte die Liste unserer Erfolge noch um viele Beispiele ergänzen, aber das erspare ich uns. Sagen wir es besser in einem Satz - kurz und bündig: Deutschland befindet sich im Aufschwung! Liebe Freunde, was noch wichtiger ist: Der Aufschwung kommt bei immer mehr Menschen an. Das sind gute Nachrichten für Deutschland. Das zahlt sich für die Menschen aus, ganz konkret: Beispiel **Familie**: Wir haben das Elterngeld eingeführt. Deutschland ist heute ein Land, in dem die Familien endlich wieder die politische Unterstützung finden, die sie verdient haben.

Beispiel **Bildung und Forschung**: Deutschland ist heute wieder ein Land, in dem die Neugier sich lohnt. Forschung und Entwicklung haben eine neue Bedeutung bekommen.

Beispiel **Europa- und Außenpolitik**: Deutschland ist heute wieder ein Land, das als Motor Europas die europäische Einigung stärkt

und als geachteter Partner in der Welt gefragt ist. ...

Wir können es uns nicht leisten, uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Das Gebot der Stunde kann deshalb nur heißen: Kurs halten, die Grundlagen des Aufschwungs stärken, Deutschland weiter auf Erfolgskurs führen. Ich füge hinzu: Mehr denn je kommt es dabei auf uns an. Es ist nicht egal, wer regiert, weder in den Ländern noch im Bund.

Liebe Freunde, hier ist die Mitte. Hier, in der Mitte, sind wir - und nur wir. Die Mitte ist menschlich. Darum ist die Mitte unser Platz. Die CDU hat seit ihrer Gründung die Mitte immer wieder verteidigt. So und nur so wurde sie die Partei der Freiheit, von Konrad Adenauer begründet. So und nur so wurde sie die Partei der Einheit, von Helmut Kohl vollendet. So und nur so wurde sie die Partei des Wohlstands für alle, von Ludwig Erhard gestaltet.

So und nur so - liebe Freunde, das ist unsere Aufgabe - wird die Zukunft Deutschlands auch in der globalen Zeit gestaltet werden können. Das war und ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Das ist eine Erfolgsgeschichte für die Union, eine Erfolgsgeschichte für unser Land und eine Erfolgsgeschichte für die Menschen.

Wir sind heute in Hannover zusammengekommen, um darüber zu sprechen, wie wir diese Erfolgsgeschichte fortschreiben können. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen allen für Ihre Beiträge zu unserem neuen Grundsatzprogramm ganz herzlich danken. Es ist das dritte Grundsatzprogramm in der über 60-jährigen Geschichte unserer Partei. Dieses Grundsatzprogramm wird weit in die Zukunft weisen. Es folgt einem klaren Credo: Wir verändern, was uns belastet, und wir bewahren, was uns stark macht. ...

Ich möchte mich hier nicht zum Erfolg amerikanischer Autounternehmen äußern, aber ich lese auch, dass alle Hersteller seit Jahren ein japanisches Autounternehmen als besonders erfolgreich



Angela Merkel während ihrer Rede beim Bundesparteitag der CDU in Hannover, wo sie ein klares Bekenntnis zu den christlichen Grundwerten, zu Freiheit, Arbeit, Integration und deutscher Leitkultur ablegte. Foto: CDU

ansehen. Dort verdient der Chef nur ungefähr das Zwanzigfache eines Arbeiters. Das ist in etwa das Doppelte eines deutschen Kanzlers, wenn er nicht gerade in der Schweiz Geschäfte für russisches Gas macht. ...

Wahr ist: Sozial ist, was Arbeit schafft. Aber wahr ist auch: Die Menschen haben ein Anrecht, für Arbeit angemessen bezahlt zu werden. Deshalb finden wir als Union uns mit sittenwidrigen Löhnen nicht ab. Wir glauben, dass ein flächendeckender, einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn nicht die Lösung des Problems ist. Er schafft neue Probleme, denn er gefährdet Arbeitsplätze. Das ist so, weil die Situation der einzelnen Branchen und die Lebenssituation in den verschiedenen Gebieten Deutschlands viel zu unterschiedlich sind. Deshalb sagen wir: Der richtige Weg zur Findung gerechter Löhne ist und bleibt die Tarifautonomie. Sie ist nicht ohne Grund im Grundgesetz verankert. Sie ist wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft.

Aber ich sage auch mit Bedacht: Damit tragen die Tarifpartner auch eine hohe Verantwortung. Tarifautonomie ist nicht nur ein Recht, Tarifautonomie ist auch eine Verpflichtung. Auch daran muss man von Zeit zu Zeit erinnern...

Wir haben höhere Steuereinnah-

men. Die Staatsquote ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Heute sind über eine Million Menschen weniger arbeitslos als noch vor zwei Jahren. Aber knapp 3,5 Millionen Arbeitslose sind für die Union immer noch zuviel. Das lässt uns nicht ruhen! Deshalb ist "Vorfahrt für Arbeit" für uns nicht irgendein schöner Slogan, sondern das ist unser Handlungsauftrag. Denn sozial ist, was Arbeit schafft. Wir sagen: Es wäre ein Vorteil, den Kündigungsschutz für diejenigen flexibler zu gestalten, die auf der Suche nach Arbeit sind. Wir wollen alles tun, was Arbeit schafft, und wir wollen alles ablehnen, was Arbeitsplätze vernichtet...

Unsere zentrale Botschaft lautet: Jeder trägt die Fähigkeit in sich, etwas aus seinem Leben zu machen. Jeder kann Vorsorge treffen. Wir wollen ihm dazu die finanziellen Spielräume geben. Da, wo die eigene Kraft begrenzt ist, da fördern und unterstützen wir. Deswegen muss der Umbau hin zu mehr Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit weitergehen. Deshalb brauchen wir kapitalgedeckte Elemente in der Pflege und mittelfristig auch im Gesundheitssystem. Deswegen halten wir auch an dem Vorhaben einer umfassenden Steuerreform fest: einfacher, niedriger, gerechter. ... *Fortsetzung Seite 5*

“Die CDU ist die Volkspartei der Mitte”

Liebe Freunde, nach 16 Jahren in der Opposition hatten sich die Sozialdemokraten vor einem Jahrzehnt auf den Weg in die Mitte gemacht. Sie haben es "Neue Mitte" genannt. Vielleicht wollten sie damit sagen, dass die Mitte für sie ein neuer Ort ist, an dem sie nicht wirklich zu Hause sind. In jedem Fall aber hat dieselbe Partei vor wenigen Wochen nichts anderes getan, als die Mitte aufzugeben.

18 Jahre nach der Selbstbefreiung der Ostdeutschen hat die SPD tatsächlich den Beschluss gefasst, den Sozialismus auch in ihr neues Programm ausdrücklich wieder mit aufzunehmen, in ihr erstes Programm seit der Wiedervereinigung. Uns Christdemokraten fehlt dafür jedes Verständnis. Als Kraft der Mitte sagen wir: Der Sozialismus hat in Deutschland für alle Zeiten genug Schaden angerichtet. Wir wollen nie wieder Sozialismus! Wir wollen nie wieder Unterjochung der Freiheit. In der Mitte herrscht Freiheit. Auch darum sind wir die Partei der Mitte. Demokratischer Sozialismus: Das ist ein Widerspruch in sich. Das passt denklologisch nicht zusammen.

Der Sozialismus endet totalitär, ob man es will oder nicht, weil er die Gleichheit aller im Sinn hat und etwas völlig anderes als Gerechtigkeit. Damit untergräbt er die Leistungsbereitschaft. Er macht die Schwachen schwächer. Er zerstört die Gesellschaft und das Individuum. ...

Deutschland braucht Zuwanderung, Zuwanderung beim Wettbewerb um die besten Köpfe. Sie sind uns willkommen. Deutschland hat eine gute Zukunft nur als weltoffenes Land. Genauso klar sagen wir aber auch: Integrationsland - das ist keine Einbahnstraße. Parallelgesellschaften haben mit Weltoffenheit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Unser Grundgesetz gilt an jedem Ort und für jede Person in Deutschland. Zur Integration gehört untrennbar für uns die Bereitschaft, sich auf unser Land auch wirklich einzulassen. Darum geht es auch im Nationalen Integrationsplan. Das steht auch im Mittelpunkt des von uns organisierten Islamgipfels. Immer geht es um einen ständigen Dialog - das ist richtig -, aber diesen Dialog müssen wir unter klaren Bedingun-

gen auf dem Boden des Grundgesetzes in unserem Land führen. ... In der Mitte unserer Gesellschaft steht die Familie. In der Mitte der Familie sind unsere Kinder. Darum tun wir als Partei der Mitte für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft alles, um das Miteinander der Generationen zu fördern. Die dauerhafte Verantwortung von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern - das ist unsere Vorstellung von Familie. ...

Wahlfreiheit ermöglichen - das setzt Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen voraus: vor dem Lebensentwurf, bei dem sich ein Elternteil voll und ganz der Erziehung der Kinder widmet, wie auch vor dem Lebensentwurf, bei dem Mann und Frau Familie und Beruf vereinbaren. Deshalb ermöglichen wir mit dem geplanten Betreuungsgeld die Wahl von Familienarbeit und Erziehung, und deshalb wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Bau von mehr Kinderbetreuungsplätzen und dabei auch von mehr Krippenplätzen fördern...

Ein Leben in Würde und freier

Selbstentfaltung ist ohne ein ausreichendes Maß an Sicherheit nicht möglich. Deutschland ist bisher von schweren Anschlägen verschont geblieben. Aber wir wissen, es hängt nicht von uns allein ab, dass das so bleibt. Es hängt jedoch eben auch von uns ab, dass es so bleiben kann: wenn die Politik Gefährdungen und Kriminellen signalisiert, dass Deutschland kein geeigneter Ruheraum für Terroristen ist.

Deshalb haben wir unser Konzept, nach dem der Einsatz der Bundeswehr heute auch im Innern unter bestimmten Bedingungen notwendig sein kann, weil Innen und Außen nicht mehr so zu trennen sind, wie das einmal war. Deshalb brauchen wir eine Terrorwarndeckelung.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mehr denn je kommt es auf die Union in unserem Lande an. Die Zukunft Deutschlands liegt in der Mitte.

Ganz gleich, welche Kapriolen andere drehen: Wir halten Kurs! Da, wo die Mitte ist, sind wir, und da, wo wir sind, ist die Mitte. Die Mitte sind wir - zum Wohle unseres Vaterlandes. Herzlichen Dank."

Mitgliederversammlung diskutierte Kommunalwahlprogramm



Bei der Mitgliederversammlung des CDU-Kreisverbandes Magdeburg am 26. November im Ramada-Hotel diskutierten die knapp Einhundert anwesenden Mitglieder ein umfangreiches Kommunalwahlprogramm. Dieser Programm-entwurf war im Kern aus den Zuarbeiten der zehn Fachausschüsse des Kreisverbandes entstanden. In seiner Einbringungsrede nannte

Kreisvorsitzender Jürgen Scharf das Programm einen "Kompass" für die CDU Magdeburg für die nächsten Jahre und damit zugleich einen Orientierungsrahmen für den OB-Kandidaten der CDU, Wigbert Schwenke.

Scharf erhob den Anspruch, dass die CDU als Volkspartei prinzipiell alle Bevölkerungsschichten ansprechen will. "Wir wenden uns



an Christen, Andersgläubige und Atheisten, an Arbeiter genauso wie an Mittelständler, an Junge wie Ältere. Wer unsere Grundüberzeugungen teilt, soll bei uns seine politische Heimat finden", fasste der Kreisvorsitzende die Zielrichtung des neuen Programms zusammen. Inhaltlich umfasst das Programm daher alle wichtigen politischen Felder und gibt Antworten auf die

kommunalen Fragen der Zeit. In weiteren Diskussionsschritten im Vorstand und in den Gliederungen der CDU soll das Programm konkretisiert und schließlich vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 beschlossen werden. Alle Mitglieder sind aufgefordert, sich in die weitere Programmdebatte einzubringen.

Wilfried Köhler
Fotos: Tobias Krull

Termine

18.2.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

26.02.2008, 18.00 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Str.

27.02.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

27.2.2008, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

Christlich Demokr. Arbeit-
nehmerschaft Deutschlands
27.02.2008, 19.00 Uhr
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle

März

4.03.2008, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 48

17.03.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

18.03.2008, 18.00 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Str.

26.03.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

26.3.2008, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle

April

1.04.2008, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 48

15.04.2008, 18.00 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Str.

weitere Termine Seite 11

Erfolgreiche Bilanz 2007 aber weitere Reformschritte in Sachsen-Anhalt nötig

Die CDU-Landtagsfraktion hat für das Jahr 2008 eine Strategiediskussion mit der Landesregierung über die Mittelfristige Finanzplanung, die Haushaltsstruktur und die Auswirkungen der Föderalismusreform II auf das Land Sachsen-Anhalt angekündigt. Das ist unerlässlich, wenn wir trotz rückläufiger Zuweisungen von Bund und EU auch in konjunkturellen "Schlechtwetterperioden" ohne neue Schulden auskommen wollen. Null-Neuverschuldung und der Abbau der bisherigen Schuldenlast von über 20 Mrd. Euro werden dann nur möglich sein, wenn wir uns jetzt nicht mit der Freude über eine gute wirtschaftliche Entwicklung und sprudelnde Steuereinnahmen aufhalten. Ich kann nur immer wieder darauf verweisen, vorhandene Gutachten (Benchmark-Gutachten) und vorhandene Modellrechnungen (Hermin-Modelle) sehr ernst zu nehmen und in die Überlegungen über die Finanzplanung und die Haushaltsstruktur unseres Landes einzu beziehen. Unentbehrlich ist und bleibt die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes der Landesregierung.

Über die unmittelbare Haushaltskonsolidierung hinaus wird die CDU-Landtagsfraktion die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 konzeptionell mit begleiten und sich an der weiteren Debatte um die Föderalismusreform II beteiligen. Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer hat die Fraktion auf ihrer Klausurtagung im Kloster Helfta in diesen Anliegen unterstützt und die Arbeitsgruppen gebeten, sich in die Debatte für ihre jeweiligen Bereiche intensiv einzubringen. Die Landesregierung muss zeitnah eine schlüssige Vorlage zur Neujustierung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) vorlegen. Dies muss mit einer möglichst dauerhaften Lösung der Stadt-Umland-Problematik verbunden sein, die Bewertung zentraler Orte einbeziehen und eine Überarbeitung der Bemessungsgrundlagen für die Kreisumlage vorsehen. Diese Arbeiten wird die CDU-Landtagsfraktion von Anfang an begleiten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer

Arbeit im neuen Jahr wird die Vorbereitung einer Funktionalreform sein. Mit der Gemeindegebietsreform werden die Kommunen derzeit für eine effektivere Aufgabenerledigung und zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben ertüchtigt. Dann muss die interkommunale Funktionalreform als logischer Schritt folgen. Die Aufgaben von Land, Kreisen und Kommunen müssen darin neu definiert werden.

Im Bildungskonvent wird sich die CDU-Landtagsfraktion weiter konstruktiv einbringen. Wir wollen Antworten geben auf die Frage, was "gute Schule" ist und die Meinungsführerschaft in diesem Bereich erringen.

Die Debatte um die Bekämpfung aller Ausprägungen des Extremismus in unserer Gesellschaft muss offensiver werden. In der NPD sehen wir eine besondere Bedrohung für die Demokratie. Dies erfordert eine intensive Beobachtung, Auswertung und Aufklärungsarbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Durch einen intensiveren, ständigen Dialog mit den Menschen wollen wir versuchen, die zivilgesellschaftlichen Kräfte vor Ort zu stärken.

Weitere Themen werden die Umsetzung des Begleitgesetzes zur kommunalen Gemeindereform, Initiativen zur Gesundheits- und sozialen Vorsorge bei Kindern, die Novelle des Schulgesetzes, die weitere Verzahnung vorschulischer und schulischer Bildung sowie der Beginn des Aufstellungsverfahrens des Landesentwicklungsplanes sein. Darüber stehen auf der Tagesordnung die abschließenden Arbeiten am Hundegesetz, die Evaluierung der Forststrukturreform und des Ladenöffnungsgesetzes, die Debatte um die zukünftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Überarbeitung des Landesenergiekonzepts, die Positionierung zum Einsatz moderner arbeitsmarktpolitischer Instrumente, die Modernisierung des ÖPNV-Gesetzes, das Konzept zur Schülerbeförderung im Zusammenhang mit der Überarbeitung des ÖPNV-Planes, die Fortschreibung des Landesverkehrswe-

geplanes und die Umstrukturierung der Sportförderung.

Für Jahr 2007 ziehen wir eine positive Bilanz. Die CDU hat als stärkste politische Kraft weiterhin die Richtung bestimmt und den erfolgreich eingeschlagenen Kurs für Sachsen-Anhalt weiter gesteuert. Schwerpunkte unserer Arbeit waren und sind die Förderung von Wachstum und Beschäftigung, eine konsequente Konsolidierung des Haushalts sowie eine Bildungspolitik, die jedem Kind eine Chance eröffnet. Insbesondere können wir auf die hervorragende Entwicklung am Arbeitsmarkt und den Umstand verweisen, dass nach dem Haushaltsabschluss erstmals keine neuen Schulden aufgenommen wurden.

Die Große Koalition in Sachsen-Anhalt hat im vergangenen Jahr nicht immer geräuschlos gearbeitet, aber insgesamt gut funktioniert. Auch haben die Fraktionen einige wichtige Gesetze eigenständig erarbeitet oder Regierungsvorlagen deutlich verbessert. Zu den gemeinsam erzielten Ergebnissen zählen das Leitbild und das Begleitgesetz zur Kommunalreform, das Hundegesetz, das Gesetz über den Nichtraucherschutz, Grundsätze zur künftigen Landesentwicklungsplanung, die Verständigung über Investitionen in die vorschulische Bildung, die Umsetzung des Gemeindegewerbesteuer-Modells, die Bekämpfung des Ärztemangels, die gemeinsame Positionierung zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Einigung auf Rahmenbedingungen zur Schulentwicklungsplanung, die Novelle glücksspielrechtlicher Vorschriften, das Zukunftsstiftungsgesetz, die Sicherung von Schulstandorten, das Förderkonzept zur Schulsanierung und die Begleitung der Bürgerarbeit.

Ich freue mich auf ein arbeits- und erfolgreiches Jahr 2008, das ich gemeinsam mit meinen Kollegen in der CDU-Landtagsfraktion und den vielen Kooperationspartnern und Unterstützern in Magdeburg und im ganzen Land Sachsen-Anhalt gestalten möchte.

Jürgen Scharf, MdL

Konsequentes Handeln bei jugendlichen Straftätern CDU-Bundesvorstand verabschiedet Wiesbadener Erklärung

Die Bilder des brutalen Überfalls zweier ausländischer Jugendlicher, die einen 76jährigen Rentner in der Münchner U-Bahn fast zu Tode prügeln, haben eine lebhaftige Debatte zum Umgang mit jugendlichen Straftätern entfacht. Dass derartige Zwischenfälle leider keine Einzelfälle, sondern durchaus öfter traurige Realität sind, machen ähnliche Vorfälle in anderen Städten deutlich.

Eine weitere Brisanz erhält die Debatte vor dem Hintergrund des stetig steigenden Anteils jugendlicher Straftäter mit sog. Migrationshintergrund an den Gesamtstrafstaten.

Aus den einschlägigen Kriminalstatistiken geht hervor, dass der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen, die Ausländer oder nichtdeutscher Herkunft sind, in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Nicht zu unterschätzen ist, dass im Bereich schwerer Gewalt- und Eigentumsdelikte wie Einbruch, Raub, schwere Körperverletzung oder Vergewaltigung der Anteil überdurchschnittlich hoch ist (Berlin z.B. ca. 60 Prozent).

Angesichts der zunehmenden Gewalt unter Jugendlichen ist die Forderung nach einer Null Toleranz-Strategie nahe liegend. Die Praxis zeigt, dass gerade Jugendliche und Heranwachsende, die Serien von Straftaten begingen, lernen müssen, Regeln zu akzeptieren. Ebenso ist es nicht nachvollziehbar, warum Jugendliche,

die einerseits bereits mit 16 Jahren wählen gehen, mit 17 Jahren den Führerschein machen können und auch sonst mit 18 Jahren wie Erwachsene behandelt werden und entsprechende Rechte genießen, andererseits bei Begehung von erheblichen und gehäuften Straftaten vor Gericht wie unreife Kinder behandelt werden und oftmals mit Kuschelpädagogik sowie Bewährungsstrafen davonkommen.

Der Grundsatz, dass Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden nach Jugendstrafrecht und nicht Erwachsenenstrafrecht beurteilt werden können, wenn reifebedingte Entwicklungsverzögerungen zu verzeichnen sind, wird nicht selten in das Gegenteil verkehrt. Gerichte tendieren (oft) dazu, generell milderes Jugendstrafrecht anzuwenden, selbst wenn keinerlei Anhaltspunkte vorliegen, dass bei Begehung der Straftat die "jugendliche Unreife" ausschlaggebend war.

Gleichzeitig ist die Einbettung von Sanktionsmaßnahmen in ein pädagogisches Gesamtkonzept notwendig. Diese Konzepte müssen Pädagogik mit Härte sowie klaren Grenzen und Regeln für Jugendliche kombinieren. Resozialisierungsversuche à la Segeltörn in der Karibik oder Tauchaufenthalte auf Mallorca nutzen weder der Resozialisierung straffälliger Jugendlicher noch ist dies dem Bürger und den Opfern ver-

mittelbar. Gerade bei straffälligen ausländischen Jugendlichen können schärfere Gesetze gegen Jugendgewalt wirksame Resultate zeigen. Nach der Devise "Wer unser Gastrecht missbraucht und sich nicht an Recht und Gesetz hält, hat sein Aufenthaltsrecht verwirkt", müssen straffällige ausländische Jugendliche künftig früher abgeschoben werden können.

Die CDU diskutiert diese Thematik eingehend. Auf einer Bundesvorstandsklausur Anfang Januar in Wiesbaden hat die Parteiführung einstimmig einen Forderungskatalog zur Verschärfung des Jugendstrafrechts verabschiedet.

Die Forderungen zur Verschärfung des Jugendstrafrechts im Einzelnen:

:: Jugendliche Straftäter sollen frühzeitig in Erziehungscamps mit Therapiekonzepten ein Leben mit festen Strukturen und Respekt lernen.

:: Ein "Warnschussarrest" soll bei Bewährungsstrafen für gewalttätige Jugendliche möglich sein.

:: Für 18- bis 21-Jährige soll Erwachsenenstrafrecht die Regel werden.

:: Bei schwersten Verbrechen soll die Höchststrafe für Heranwachsende, für die wegen mangelnder Reife Jugendstrafrecht gilt, von zehn auf 15 Jahre angehoben werden.

:: Ausländer sollen schneller abgeschoben werden können - mit zwingender Ausweisung bei einer Haftstrafe ab einem Jahr ohne Bewährung.

:: Die Sicherungsverwahrung soll auch bei Heranwachsenden bei einer Jugendstrafe von mindestens fünf Jahren möglich sein.

:: Ein Fahrverbot soll im Jugendstrafrecht verankert werden.

:: Geplant ist auch ein besserer Schutz von Opfern. *Tino Sorge, Vors. des Kreisfachausschusses Recht und Öffentliche Sicherheit*



www.harzdruck.de

harzdruckerei augenblick

38855 Wernigerode
Max Planck Str. 12 / 14
Fon 0 39 43 / 54 24 - 0
Fax 0 39 43 / 54 24 - 99

Grafikdesign · Satz/Vorstufe · Druck · Weiterverarbeitung · Logistik



HARMS Lohnhärterei

- Einsatzhärten
- Vakuumhärten
- Ionitrieren
- Karbonitrieren
- Kurzzeitnitrieren
- Glühen und Vergüten

Harms Lohnhärterei GmbH & Co KG
Salbker Straße 23
39120 Magdeburg
Tel. 0391 61137-0
Fax. 0391 6219714
e-mail: info@harms-lohnhaererei.de · http://www.harms-lohnhaererei.de

Neujahrsempfang im Zeichen des OB-Wahlkampfes

Vor mehr als 300 Gästen und Freunden des CDU-Kreisverbandes konnte OB-Kandidat Wigbert Schwenke beim Neujahrsempfang am 14. Januar seine politischen Ziele für das Amt des Oberbürgermeisters von Magdeburg vorstellen. Sehr selbstbewusst sagte Schwenke, dass er vieles besser machen wolle als der derzeitige Amtsinhaber.

Vor allem wolle er das Miteinander von OB und Stadtrat maßgeblich stärken. Dazu wird er, sollte der Wähler ihm am 9. März die Chance dazu geben, eine regelmäßige Gesprächsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden durchführen, um die frühzeitige Information und Abstimmung zwischen Rat und Verwaltungsspitze zu sichern.

Eine ganz zentrale Rolle soll unter einem OB Schwenke die Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehungen spielen. Schwenke wörtlich: "Wir müssen uns endlich von Illusionen verabschieden!" Damit zielte Schwenke auf die anhaltende Erwartung von OB Trümper, die Probleme mit dem Umland durch

Eingemeindungen zu lösen. Schwenke machte dazu deutlich, dass es im Landtag für größere Eingemeindungen in die Großstädte keine Mehrheiten gäbe. Das müsse man endlich begreifen und die nötigen Schlüsse ziehen, kritisierte der CDU-Bewerber, der selbst seit bald sechs Jahren dem Landtag von Sachsen-Anhalt angehört, den amtierenden Oberbürgermeister.

Er würde sich als OB vielmehr dafür einsetzen, dass es zu einem fruchtbaren Miteinander zwischen den Gemeinden des Umlandes und der Landeshauptstadt komme. Dazu will Schwenke bereits in Kürze Gespräche mit einigen Umlandbürgermeistern führen, um die Gemeinsamkeiten und Chancen auszuloten. "Einige Euros für den Zoo reichen mir nicht als Beitrag des Umlandes für die Finanzierung wichtiger kultureller Einrichtungen Magdeburgs", geißelte Schwenke das Verhalten Barlebens. Letztlich könne nur die Region Magdeburg insgesamt von attraktiven Angeboten und erstklassiger Infrastruktur

profitieren, lautete das Kredo Wigbert Schwenkes. Dazu sollte nun endlich der vom Land geschaffene Zweckverband genutzt werden, forderte er.

Kritisch setzte sich Schwenke auch in einem anderen Punkt mit OB Trümper auseinander, ohne ihn direkt zu nennen. "Mir fehlt seit Polte die Leidenschaft," verwies er auf sein Vorbild als Oberbürgermeister. Schließlich habe Willi Polte jede Chance genutzt, um mit Verve für Magdeburg zu werben.

Trotz leicht rückläufiger Arbeitslosigkeit in Magdeburg sieht OB-Kandidat Schwenke auch im Bereich der Wirtschaftsförderung nach wie vor große Schwächen in der Stadtverwaltung, die er nach seiner Wahl konsequent angehen wolle. Während etwa die Gemeinde Sülzetal mit ihrem Gewerbegebiet Osterweddingen ein Erfolg nach dem anderen feiern könne, fehlten der Wirtschaftsförderung der Stadt die nötige Schlagkraft und sie bleibe zu oft zweiter Sieger. Hierfür machte Schwenke vor allem die unübersichtlichen Strukturen der Wirtschaftsförderung verantwortlich. Es sei Sache des OB hier anzusetzen.

Der CDU-Kreisvorsitzende und Fraktionschef im Landtag Jürgen Scharf strich in seiner Begrüßung die kommunikativen Fähigkeiten und die soziale Kompetenz des CDU-Bewerbers für die Wahl am 9. März heraus. Schwenke bringe mit seiner 17jährigen Arbeit als Stadtrat von Magdeburg und der knapp 6jährigen Arbeit im Landtag eine sehr große Erfahrung mit, die ihn für das Amt des Oberbürgermei-

sters befähigten.

Ministerpräsident Böhmer zeichnete als Gastredner ein insgesamt freundliches Bild der Entwicklung Sachsen-Anhalts im abgelaufenen Jahr 2007. Die Wirtschaft wachse kräftig, es seien 10.000 neue Arbeitsplätze entstanden und weitere Ansiedlungen gelungen bzw. in Vorbereitung. Das mache Mut für die künftige wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts. Ohne direkt den OB-Wahlkampf anzusprechen, grenzte Prof. Böhmer die CDU auch klar von den Sozialdemokraten ab und verwies auf grundlegende Unterschiede zwischen beiden Parteien. "Die SPD will den fürsorglichen Sozialstaat. Das verlangt aber, dass der Staat immer mehr Entscheidungen trifft, so dass der vormundschaftliche Staat fast unausweichlich ist", fasste Böhmer die Position der SPD zusammen. Das sei nicht die Politik der CDU. Die CDU wolle, dass jeder sein Leben in Freiheit und Selbstverantwortung selbst gestalte und der Staat nur den Rahmen dazu setze und schlussfolgerte: "Eine Gesellschaft kann sich nur soviel Freiheit erlauben, wie sie einen gemeinsamen Wertekonsens besitzt". Diesen Wertekonsens gelte es für die Zukunft zu sichern.

Auch der Ministerpräsident äußerte sich zur Stadt-Umland-Problematik. Der Ausgleich zwischen den Interessen von Stadt und Umland bleibe schwierig. Zur Illustration der Position im ländlichen Raum, zitierte Böhmer einen Bürgermeister mit den Worten: "Den Landeiern ist der Kuhstall wichtiger als das Theater!"

Wilfried Köhler



Haushaltsplan für Magdeburg beschlossen - Risiken bleiben

Am 10. Dezember beschloss der Stadtrat nach mehrstündiger Debatte den Haushaltsplan für das Jahr 2008. Die Zahlen, die man in diesem Papier findet, sind wahrlich kein Grund für überschwängliche Freude, sondern Ausdruck von schwierigen Zeiten für die kommunalen Kassen.

So liegt das Defizit für das aktuelle Jahr im Verwaltungshaushalt (also für den laufenden Betrieb der Stadtverwaltung) bei rund 93,6 Mio. Euro. Für Investitionen stehen der Landeshauptstadt nur noch rund 70,7 Mio. Euro zur Verfügung. Nun hört man landauf, landab von positiven Steuerschätzungen. Die Wirtschaft brummt. Endlich gehen die Arbeitslosenzahlen in Größenordnungen zurück. Bei der genauen Analyse der Zahlen in Magdeburg wird eines deutlich, Magdeburg leidet nicht vorrangig an zu hohen Ausgaben sondern hat ein schwerwiegendes Einnahmeproblem.

Bereits im Sommer und Herbst letzten Jahres wurde das existierende Haushaltskonsolidierungsprogramm auf nunmehr 121 Maßnahmen erweitert und echte Einsparmöglichkeiten lassen sich in der Stadtverwaltung nur noch sehr schwer finden. Auch neue Kredite für Bauprojekte nimmt die Landeshauptstadt nicht mehr auf. Dagegen werden maximal 220 Mio. Euro an Kassenkrediten, vergleichbar mit den Überziehungskrediten bei Privatkonten, durch die Stadt aufgenommen.

Wer ehrliche Politik macht, so wie die CDU-Ratsfraktion Magdeburg, benennt aber auch noch die Risiken für die städtischen Finanzen, die sich nicht im Haushalt finden. Allein die unklare Verteilung der Kosten der Unterkunft bei den Empfängern von Leistungen nach dem SGB II (im Volksmund Hartz IV genannt) belaufen sich auf rund 13 Millionen Euro. Auch sind keine Mehraufwendungen für die mögliche Steigerung der Personalausgaben durch neue Tarifabschlüsse in den Haushalt 2008 eingestellt, hier kann schnell ein hoher einstelliger Millionenbetrag zusammenkommen.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen waren die Diskussionen in den Ausschüssen und im



Stadtrat selbst überwiegend von der Einsicht in die sachliche Notwendigkeit geprägt.

Als CDU-Ratsfraktion haben wir uns in diesem Jahr mit den Anträgen nicht auf weitere Einsparungen konzentriert, sondern ganz bewusst unsere kommunalpolitischen Prioritäten zum Ausdruck gebracht. Nur

so werden wir wieder dauerhaft finanziell handlungsfähig sein, wenn es gelingt den Wirtschaftsstandort Magdeburg zu stärken. Deshalb haben wir die Ausweisung einer 40 Hektar großen Gewerbefläche ohne irgendwelche Grünschnitten oder Sichtachsen zum Dom beantragt und die Stadtratsmehrheit folgte die-

sem Anliegen. Auch unsere Anträge zur zusätzlichen Einstellung von 40.000 Euro zum 50jährigen Jubiläum des Puppentheaters und von 140.000 Euro für die weitere Sanierungsplanung für das Kloster Unser Lieben Frauen fanden eine Mehrheit. Die Familienfreundlichkeit der Landeshauptstadt Magdeburg wollen wir durch eine Familienkomponente bei der Kaufpreisbildung für kommunale Wohngrundstücke stärken.

Nach bisherigen Planungen wird der Haushalt unserer Stadt wieder im Jahre 2015 komplett ausgeglichen sein. Noch eine lange Zeit, die von allen Verantwortlichen viel Disziplin und von den Bürgerinnen und Bürgern Verständnis erfordern wird. Die CDU-Ratsfraktion ist bereit ihren Anteil an einer soliden und generationsgerechten Finanzpolitik zu leisten.

Reinhard Stern

CDU-Ratsfraktionsvorsitzender



GRÜNE WELLE BEI CITROËN.

VERBRAUCHSARME AUTOS ZU KUNDENFREUNDLICHEN PREISEN





CITROËN C4 COUPE ab € 12.665,-

CITROËN C4 PICASSO ab € 18.825,-

Sparen Sie bei den Prozenten, nicht bei der Technologie. Entdecken Sie umweltschonende Technologien im CITROËN C4 oder dem CITROËN C4 PICASSO und erleben Sie, was alles möglich ist. Zum Beispiel moderne HDi-Motoren oder FAP-Partikelfilter und EGS6-Getriebe in den folgenden Modellen:

<p>CITROËN C4 HDI 110 FAP EGS 6</p> <ul style="list-style-type: none"> • nur 120 g/km CO₂ kombiniert • nur 4,5 l/100 km kombiniert 	<p>CITROËN C4 PICASSO HDI 110 FAP EGS 6</p> <ul style="list-style-type: none"> • nur 150 g/km CO₂ kombiniert • nur 5,7 l/100 km kombiniert
--	--

*Ein Leasingangebot der CITROËN BANK mit bis zu 36 Monaten Laufzeit, ohne Mehrkosten; Die Summe aus Leasingraten und Restwert entspricht dem Kaufpreis. Privatkundenangebote gültig bis zum 31.03.2008

Kraftstoffverbrauch kombiniert von 8,9 bis 4,5 l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert von 211 bis 120 g/km (RL 80/1268/EWG). Abbildungen zeigen evtl. Sonderausstattung.

■ 39118 Magdeburg
Autohaus Plomitzer (H)
Pallasweg 8
Tel.: 0391 - 610830
www.autohaus-plomitzer.de

■ 39128 Magdeburg
Autohaus Plomitzer (H)
Silberbergweg 9
Tel.: 0391 - 300410
www.autohaus-plomitzer.de

www.citroen.de




NICHTS BEWEGT SIE WIE EIN CITROËN

CITROËN empfiehlt TOTAL

JU-Chef Mißfelder über den Dialog der Generationen, deutsche

Elbkurier: Herr Mißfelder, wo macht sich das spezifische Profil der Jungen Union fest?

Philipp Mißfelder: Wir sind der Reformmotor der Union. Wir sagen offen unsere Meinung - auch gegenüber unseren Mutterparteien CDU und CSU -, sind also kritisch und konstruktiv. Unser Handeln fußt auf christlichen Werten und abendländischen Traditionen, nicht auf Beliebtheit. Zudem greifen wir Themen wie Menschenrechte auf, die sonst nicht im Mittelpunkt der Politik stehen.

Elbkurier: Wo hat die JU Akzente im neuen Grundsatzprogramm der Mutterpartei CDU setzen können?

Philipp Mißfelder: Die Junge Union hat sich von Beginn an mit großem Elan in die Programmdiskussion eingebracht, gerade auch in Sachsen-Anhalt. Insgesamt waren neun JU-Mitglieder in der CDU-Grundsatzprogrammkommission, was ein Beleg dafür ist, dass bei den inhaltlichen Debatten besonders auf die Interessen der jungen Menschen Wert gelegt wurde. Auf unsere Initiative wurde der Begriff "Leitkultur" aufgenommen und die Bedeutung des "C" deutlich hervorgehoben.

Elbkurier: Die JU ist die größte politische Jugendorganisation Deutschlands. Trotzdem hat sie viele Mitglieder verloren. Warum? Ist die Jugend heute weithin unpolitisch?

Philipp Mißfelder: Wir sind mit unseren 130.000 Mitgliedern noch immer doppelt so groß wie alle anderen politischen Jugendorganisationen zusammen. Und wir haben als JU mehr Mitglieder als die FDP und die Grünen zusammen. Als die JU Anfang der 80er Jahre 240.000 Mitglieder hatte, war Deutschland noch geteilt, die politischen Konfrontationen härter. Meiner Meinung nach ist die Jugend keineswegs unpolitisch, sondern kritisch und interessiert. Aber die Bereitschaft nimmt ab, sich dauerhaft in Verbänden einzubringen.

Elbkurier: Wie wollen Sie junge Menschen für Politik begeistern?

Philipp Mißfelder: Demokratie lebt vom Mitmachen. Und gerade in der CDU und der Jungen Union ist es



Als Vorsitzender der größten politischen Jugendorganisation in Deutschland ist Philipp Mißfelder das wichtigste Sprachrohr der jungen Generation. Foto: JU

möglich, sich zu engagieren, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam etwas zu erreichen. Allerdings müssen die Anliegen der Jüngeren auch ernst genommen werden.

Elbkurier: In den neuen Ländern sind die Menschen nach den Erfahrungen mit zwei Diktaturen noch vorsichtiger mit dem Eintritt in Parteien. Wie kann man in den neuen Ländern junge Menschen für ein ehrenamtliches Engagement in der Politik gewinnen?

Philipp Mißfelder: Diese Vorbehalte verstehe ich. In der JU legen wir daher einen Schwerpunkt auf die politische Bildung, bieten Diskussionen zu zeitgeschichtlichen Themen oder auch Exkursionen an. Besonderes Augenmerk richten wir auch auf die Auseinandersetzung mit der DDR, etwa den Verbrechen der Stasi, dem Gedenken der Opfer der deutschen Teilung oder der verfehlten SED-Politik. Jährlich treffen sich die Vertreter der ostdeutschen JU-Landesverbände beispielsweise auf Schloss Wendgräben bei Magdeburg, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Elbkurier: Die JU hat auf ihrem letzten Deutschlandtag den Klimaschutz ganz voran gestellt. Laufen Sie dem Zeitgeist hinterher oder sehen Sie in diesem Thema wirklich eine Menschheitsbedrohung?

Philipp Mißfelder: Die Schöpfung zu bewahren und die Umwelt im Inter-

esse der kommenden Generationen zu schützen, ist für uns als christlicher Jugendverband besonders wichtig. Zumal der Klimawandel gerade die jungen Menschen in den nächsten Jahrzehnten betreffen wird. Deswegen beschäftigt es auch die Junge Union.

Elbkurier: Sind Sie damit nicht ganz nah bei den Grünen?

Philipp Mißfelder: Nein, denn wir wollen pragmatische Lösungen und keine Klimaideologie. Wir setzen darauf, dass die Folgen des Klimawandels, die vor allem die Entwicklungsländer betreffen werden, dank unserer modernen Spitzentechnologie beherrschbar sind. Anders als die Grünen wollen wir keine Verbotsgesellschaft, in der den Menschen vorgeschrieben wird, wie sie leben sollen. Stattdessen brauchen wir wirtschaftliches Wachstum und Berechenbarkeit, etwa in der Energiepolitik, bei der ein breiter Energiemix, in dem insbesondere die Zukunftstechnologie Kernenergie eine wichtige Rolle spielt, unverzichtbar ist.

Elbkurier: Damit sind wir bei möglichen schwarz-grünen Bündnissen, wie sie jetzt wieder für Hamburg im Gespräch sind. Wie sehen Sie die Chancen dazu?

Philipp Mißfelder: Schwarz-Grün kann in den kommenden Jahren eine Option werden. In erster Linie liegt es an den Grünen, sich zu entscheiden: Wollen sie eine bürgerliche Konstellation unterstützen? Oder wollen sie mit Alt-68ern wie Hans-Christian Ströbele weiter nach

links rücken?

Elbkurier: Klimaschutz und Kernenergie passen sehr gut zusammen. Warum klappt das in Deutschland nicht?

Philipp Mißfelder: Die Kernenergie setzt fast kein klimaschädliches Kohlendioxid frei, ist also eine saubere und vor allem sichere Energiequelle. Die SPD blockiert hier aus ideologischen Gründen und weigert sich, über den von Rot-Grün beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie zu verhandeln.

In Großbritannien etwa sollen neue Kernkraftwerke gebaut werden. Die SPD sollte sich an der Labour-Regierung ein Beispiel nehmen und auch in Deutschland dem weiteren Einsatz der Kernenergie zustimmen.

Elbkurier: Wie beurteilen Sie die Arbeit der Großen Koalition unter der Führung Angela Merkels in Berlin? Ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten aufgebraucht?

Philipp Mißfelder: Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den ersten beiden Jahren viel erreicht: Die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken und viele Menschen haben jetzt dank des Aufschwungs wieder eine berufliche Perspektive. Auch bei der Familienförderung hat die CDU mit Ursula von der Leyen viel erreicht. Aber zahlreiche grundlegende Reformen wie bei der Pflegeversicherung oder im Gesundheitswesen lassen sich mit der SPD kaum umsetzen. Hier werden auch die Unterschiede zwischen den Koalitionspartnern deutlich.

Fortsetzung Seite 11

Erster Christlicher Gabentisch im Jahr 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem der erste erfolgreiche Gabentisch hinter uns liegt, möchte ich nicht versäumen, mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihre großzügige Unterstützung und Hilfe zu bedanken.

Ich wünsche Ihnen alles Gute im neuen Jahr, Glück und Zufriedenheit, vor allem Gesundheit für Sie und all denen, die Ihnen etwas bedeuten. Es würde mich freuen, wenn wir auch beim zweiten Gabentisch, am Ende diesen Jahres, wieder mit Ihrer Hilfe rechnen können.

*Mit freundlichen Grüßen
Ihre Sabine Wölfer
FU Kreisvorsitzende*



Leitkultur, Kernenergie und Schwarz-Grün

Elbkurier: Die SPD unter Kurt Beck reizt mächtig die Karte des Mindestlohns. Erleben wir jetzt einen zweijährigen Dauerwahlkampf oder vorgezogene Neuwahlen?

Philipp Mißfelder: Die Große Koalition wird bis zum regulären Ende der Legislaturperiode im Herbst 2009 durchhalten, denn sie hat den Auftrag der Wähler zu erfüllen. Allerdings muss die Handschrift der Union in den kommenden beiden Jahren klar erkennbar bleiben - und die SPD muss ihre Blockadehaltung aufgeben und sich wieder an der sachlichen Regierungsarbeit beteiligen.

Elbkurier: Wie kann sich Politik für junge Menschen angesichts der Alterung unserer Gesellschaft überhaupt noch Gehör verschaffen?

Philipp Mißfelder: Die Herausforderungen, die beispielsweise der demografische Wandel oder die Globalisierung mit sich bringen, können Ältere und Jüngere nur gemeinsam lösen. Daher arbeiten die Senioren Union und die JU eng zusammen. Bei Diskussionen erlebe ich stets, dass diejenigen, die selbst Enkelkinder haben, sich sehr verantwortungsbewusst mit der Zukunft auseinandersetzen. Die Union als Generationenpartei

braucht den Dialog.

Elbkurier: Wie kann eine Gesellschaft mit sich umkehrender Bevölkerungspyramide noch die Balance zwischen den Generationen halten?

Philipp Mißfelder: Notwendig ist, dass alle Generationen ihren Beitrag leisten, um die Systeme der Sozialen Sicherung zu stabilisieren. Die Einführung der Rente mit 67 und die damit verbundene Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist daher ein wichtiger Schritt, auf die glücklicherweise steigende Lebenserwartung zu reagieren und die Beitragssätze auch in Zukunft stabil zu halten.

Elbkurier: Wie kann die Gesellschaft die Würde der Alten trotz der Bevölkerungsentwicklung langfristig sichern?

Philipp Mißfelder: Immer wichtiger wird neben neuen Formen des altersgerechten Wohnens die hochwertige Betreuung und Pflege der Älteren, um ihre Gesundheit und Selbständigkeit bis ins hohe Alter zu erhalten. Daher brauchen wir die Stärkung des Miteinanders der Generationen innerhalb der Familie. Denn hier funktioniert das Zusammenleben von Alt und Jung.

Elbkurier: In den neuen Ländern hält die Abwanderung junger Menschen unvermindert an. Wie

beurteilen Sie vor diesem Hintergrund den Aufbau Ost?

Philipp Mißfelder: Die jungen Menschen brauchen Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die jedoch leider nicht überall zur Verfügung stehen, so dass sie zumindest zeitweise ihre Heimat verlassen und dahin gehen, wo es Arbeitsplätze gibt. Die Fortschritte sind aber klar messbar - die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist um 600.000 Menschen zurückgegangen. Zweifellos ist seit der deutschen Einheit viel erreicht worden, aber wir haben auch noch viel Arbeit vor uns. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam diese Herausforderung meistern werden.

Elbkurier: Was wünschen Sie der CDU in Magdeburg für ein Ergebnis?

Philipp Mißfelder: Für die Kommunalwahl wünsche ich der CDU ein gutes Ergebnis und die Mehrheit im Stadtrat. Denn bislang wird die Landeshauptstadt leider unter Wert regiert. Wigbert Schwenke ist seit Jahren für die Bürger engagiert und ein erfahrener Politiker, der die Sorgen der Menschen kennt. Er wird ein guter OB für alle Einwohner Magdeburgs sein. Ich wünsche ihm und der CDU in Magdeburg viel Erfolg!

Elbkurier: Danke für dieses Gespräch!

Wlfrid Köhler

weitere Termine

21.4.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

23.04.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

23.4.2008, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

Mai

6.05.2008, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 48

13.05.2008, 18.00 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Str.

19.5.2008, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

28.05.2008, 18.30 Uhr
OV Sudenburg/Friedenshöhe
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

28.5.2008, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17, 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wlfrid Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern

Layout/Satz:
Birgit Uebe,
Medien- und Fotofriedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:
Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 5.000 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Konditorei *Confiserie*

KK

Kaffeehaus Köhler

Familien- und Betriebsfeiern bis 80 Personen
Leiterstr. 3, 39104 Magdeburg, Tel. 0391 5355987, täglich geöffnet ab 10:00 Uhr

Neue Vorstände der CDU in Olvenstedt und Südost gewählt

Der CDU-Ortsverband **Olvenstedt** hat vor kurzem einen neuen Vorstand gewählt. Der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes, Gerhard Ruden, war aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Wahl angetreten.

Zur neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde Uta Siedentopf gewählt, die bereits als Stadträtin Erfahrungen in der Kommunalpolitik gesammelt hat. Zu ihrem Stellvertreter wurde Rüdiger Jeziorski gewählt. Beisitzer im neuen Vorstand des Ortsverbandes Olvenstedt sind Herbert Umlauf und die Studentin Jana Lesniak. Alle Kandidaten wurden einstimmig gewählt und sprachen Gerhard Ruden ihren herzlichen Dank für die bisherige engagierte Arbeit aus.

Der neue Vorstand ist sich einig, dass das Image des Stadtteils Olvenstedt in Magdeburg und

darüber hinaus verbessert werden muss. Eine wichtige Aufgabe dabei habe der Stadtbau, damit nicht weiterhin viele Häuserblöcke leer stehen. Es gebe erste positive Signale. Uta Siedentopf lobte hier auch die engagierte Arbeit der Bürgerinitiative Olvenstedt und der AG Gemeinwesenarbeit (GWA).

Turnusgemäß hat auch der CDU-Ortsverband **Magdeburg-Südost** seinen Vorstand neu gewählt. Der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes, Ulrich Germer (70), war aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl angetreten. Dennoch trat er - wie er den versammelten Mitgliedern des Ortsverbandes sagte - "mit einem weinenden und mit einem lachenden Auge" von dieser Aufgabe zurück.

Zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde Andreas

Schumann (43) gewählt, der als Musiker am Theater der Landeshauptstadt tätig ist.

Zu seinen Stellvertretern wurden der Politikstudent Daniel Gerlich (25) und der Versicherungsfachmann Bernd Lange (40) gewählt. Der neue Vorstand sprach Uli Germer seinen herzlichen Dank für die langjährige Arbeit als Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes aus.

Der Vorstand möchte in Magdeburg-Südost verstärkt Flagge zeigen, was auf Grund der Ausdehnung von Buckau bis Beyendorf-Sohlen für den personell recht kleinen Ortsverband eine besondere Herausforderung ist. Deshalb stehen auch die Mitgliederwerbung und Verjüngung ganz oben auf dem Arbeitsplan. Dazu sollen verstärkt Veranstaltungen im Stadtgebiet genutzt werden. Auch der kommende Oberbürger-

meister-Wahlkampf wird eine Herausforderung. Der Ortsverband ließ sich dazu vor einigen Tagen von OB-Kandidat Wigbert Schwenke informieren.

Außerdem verwies der neue Vorsitzende Schumann darauf, dass beispielsweise an das langjährige Engagement des früheren Bürgermeisters und heutigen Landtagsabgeordneten und Landtagspräsidenten Dieter Steinecke im Stadtgebiet angeknüpft werden soll.

Neben der Sanierung und auch kulturellen Wiederbelebung der Kirchen in Beyendorf und Sohlen gehört dazu auch der Einsatz für das Lesezeichen Salbke. Hier gebe es noch große Herausforderungen, denen sich die CDU-Ortsverband stellen will, so Andreas Schumann.

*Doris Memmler,
Kreisgeschäftsführerin*

Herzliche Glückwünsche

Dezember

Erika Hollenberg zum 95. Geburtstag
Herta Herzig zum 84. Geburtstag
Christa Wolter zum 79. Geburtstag

Isolde Scholz zum 77. Geburtstag
Gerhard Janke zum 77. Geburtstag
Curt Riecke zum 76. Geburtstag

Bernadette Kulesa zum 72. Geburtstag
Hannelore Krajinski zum 71. Geburtstag
Joachim Marckstadt zum 71. Geburtstag

Ute Raabe zum 70. Geburtstag
Gerhard Hirschmann zum 68. Geburtstag
Werner Kühnel zum 67. Geburtstag
Herbert Becker zum 65. Geburtstag

Januar

Gerhard Wiederhold zum 92. Geburtstag
Hartmut Janke zum 78. Geburtstag
Johanna Orling zum 74. Geburtstag

Karl Mawrin zum 71. Geburtstag
Lothar Jahn zum 68. Geburtstag
Dr. Ulrich-Michael Kremer zum 66. Geburtstag

Februar

Hans-Joachim Raabe zum 74. Geburtstag
Benita Behrends zum 73. Geburtstag
Karl-Heinz Güssau zum 71. Geburtstag

Gudrun Habenicht zum 71. Geburtstag
H.-Wolfgang Wagner zum 68. Geburtstag

Wissenschaft wappnet gegen Ideologien Prof. Dippes Aufbauleistung wurde gewürdigt



Nach Prof. Dippes Abschiedsvorlesung gratulierten Bernd Heynemann, MdB (Bildmitte) und der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Wilfried Köhler (links).
Foto: Dippe

Mit einer fachlichen und sehr politischen Abschiedsvorlesung im Rahmen einer Feierstunde der Hochschule Magdeburg-Stendal wurde Unionsfreund Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Dippe am 26. Oktober 2007 in den Ruhestand verabschiedet. Gründungsrektor Prof. Hans-Jürgen Kaschade, der derzeitige Rektor der Hochschule Prof. Andreas Geiger, Dekan Prof. Dieter Haentzsch und der Direktor des Instituts für Maschinenbau, Prof. Uwe Winkelmann würdigten in ihren Reden die Aufbauleistung des scheidenden Professors Dippe. Geiger bezeichnete Dippe dabei als "Magdeburger Urgestein", der mit seinem festen Durchhaltewillen als Gründungsdekan der Hochschule maßgebliche

Akzente besonders zur Erhaltung des Maschinenbaus gesetzt habe - trotz des gewaltigen wirtschaftlichen Umbruchs in der Region Magdeburg Anfang der 90er Jahre. Mit seinem Einsatz, so der Tenor der Würdigung, habe es Prof. Dippe maßgeblich geschafft, dass sich aus der früheren Ingenieurschule in Magdeburg ein Fachbereich Ingenieurwesen und Industriedesign an der neu gegründeten Fachhochschule in der Breitscheidstraße am Herrenkrug entwickeln konnte. In seiner Abschiedsvorlesung ließ Prof. Dippe noch einmal seine tragenden naturwissenschaftlichen Kenntnisse aufblitzen und setzte sich von Newton bis Einstein mit den Größen des Geisteslebens und den

wichtigsten Naturgesetzen auseinander, um daraus an diesem Tag nicht den wissenschaftlichen Ertrag abzuleiten als vielmehr seine politischen Grundüberzeugungen daran festzumachen.

So sieht er die Wissenschaft in der unbedingten Verpflichtung zur Wahrheit. Deutschland habe im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen erlebt, die auf Lügen und Irrtümern aufgebaut waren. Daher "müssen wir heute sicher stellen, dass wahre Informationen verbreitet werden", sagte Dippe wörtlich. Damit solle erreicht werden, dass die heutige Gesellschaft gegen neue Ideologien gewappnet ist. Moderne Wissenschaft schütze damit vor neuen Gefahren durch alte und neue Ideologien.

In diesem Zusammenhang kritisierte er bestimmte Formen des Journalismus, die sich letztlich nicht um die nötige Exaktheit der von ihnen verbreiteten Informationen bemühten sondern um Sensationen und Verkaufszahlen.

Mit seinen politischen Thesen hat Prof. Wolfgang Dippe in seiner Abschiedsvorlesung gezeigt, dass er weit über den Tellerrand seines Fachbereiches hinausschaut und die gesellschaftliche Mitverantwortung von Forschung und Lehre für Freiheit und Demokratie erkennt und lebt. Dafür gebührt ihm unser aller Respekt und Anerkennung.

Wilfried Köhler

Gelungener "Schlesischer Abend"

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) im CDU-Kreisverband Magdeburg hatte zum 9.11. zu einem "Schlesischen Abend" eingeladen.

Nach der Begrüßung der 30 Gäste durch den OMV-Kreisvorsitzenden Dr. Tammo Luther und einer Einführung in die Arbeit der OMV durch den Landesvorsitzenden Bernhard Scheer folgte ein informativer Kurzvortrag über die wechselvolle Geschichte Schlesiens durch das OMV-Mitglied Enrico Schleaf. Danach schilderte der gebürtige Niederschlesier Herbert Wrobel seine Erlebnisse während der Flucht vor der Roten Armee im Januar 1945. Im Anschluss berichteten weitere Heimatvertriebene über die Schrecken von Flucht und Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat.

Getränke sowie ein kleiner Imbiss schlesischer Spezialitäten rundeten die gelungene Veranstaltung ab, der in der ersten Jahreshälfte 2008 ein "Ost- und Westpreußischer Abend" folgen soll.

An dieser Stelle möchten wir die Gelegenheit nutzen, um dem CDU-Kreisverband für die logistische Unterstützung und die Bereitstellung von Getränken zu danken.

Dr. Tammo Luther,
Kreisvorsitzender OMV



Er war wieder ein schönes, gesellschaftliches Ereignis - der CDU-Ball am 10. November 2007 im Magdeburger Maritim-Hotel. Geschäftsführerin Doris Memmler und ihr Team hatten alle organisatorischen Vorbereitungen getroffen und das Maritim-Hotel bot den 250 Gästen einen glänzenden Rahmen für politische Gespräche, kurzweilige Unterhaltung und natürlich Tanz bis in die späte Nacht.
Fotos: Birgit Uebe

Gute Nachrichten für den Sport

„Der Sport in Deutschland zählt zu den Gewinnern der Beratungen für den Bundeshaushalt 2008. Insgesamt konnten die Sportfördermittel um über 18 Millionen Euro im Vergleich zu 2007 gesteigert werden. Wichtige Verbesserungen konnten dabei für den Sport erreicht werden:

- Für die Deutsche Sporthilfe (DSH) wird in 2008 erstmalig ein Bundeszuschuss von einer Million Euro zur Verfügung gestellt, um trotz zurückgehender eigener Einnahmen, Sportförderung auf hohem Niveau zu gewährleisten. Diese wird aus allgemeinen Haushaltsmitteln erbracht.

- Das Verteidigungsministerium erhält für die Sportförderkompanien der Bundeswehr zusätzlich 120 Stellen für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Auch die dafür erforderlichen rund 3,3 Millionen Euro werden bereitgestellt. Die Große Koalition beweist nachdrücklich, dass sie ein Herz für den Sport hat.

Bernd Heynemann, MdB



Vor kurzem war auf Vorschlag von Bernd Heynemann, MdB, der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU Bundestagsfraktion Dr. Michael Fuchs, MdB, bei der Mittelstandsvereinigung Magdeburg (MIT) zu Gast. Als Unternehmer konnte er die vielen anwesenden Mitglieder und Gäste überzeugen, dass er ihre Probleme und Themen kennt und als Vorsitzender des PKM versucht diese umzusetzen.

Christlicher Gabentisch vor Weihnachten



Wigbert Schwenke unterstützt die Frauen Union bei der Vorbereitung des Christlichen Gabentisches. Foto: Tobias Krull

Die Idee für einen christlichen Gabentisch wurde bereits im Sommer "geboren". Die darin erfahrenen Unions-Frauen aus Köthen standen dabei "Pate". Dank der vielen Spenden von fast 300 Magdeburgern, der perfekten Planung und Organisation durch die Kreisvorsitzende Sabine Wölfer und des unermüdlichen Ein-

satzes der Frauen und deren teilweise "mitverpflichteten" Angehörigen, war der vielfältig dekorierte Gabentisch ein voller Erfolg.

Allen bedürftigen Magdeburgern wurde er am 15.12.2007 in den Räumlichkeiten der Goldschmiedebrücke zum Ausschauen und Mitnehmen gedeckt. Besonders begehrt

waren bei den Kindern die Puppen, Autos, Märchen-Kassetten und natürlich die Süßigkeiten, die bei einem weihnachtlichen Gabentisch nicht fehlen durften. Bei den Älteren fanden besonders warme Kleidung, Bettwäsche und Handtücher großen Anklang. Nach anfänglicher Berührungsangst nutzte aber so mancher Bedürftige auch die Gelegenheit, einfach mal über seine finanzielle Situation vor Weihnachten zu reden. Die Schicksale, die man so erfahren konnte, haben tief betroffen gemacht.

Viel Lob und großer Dank wurde den Helfenden nicht nur von den Bedürftigen, sondern auch von Spendern ausgesprochen. Viele von ihnen wollten schauen, wofür sie denn gespendet haben.

Aufgrund der vielen Spenden sind sich alle Helfer sicher, dass der nächste Gabentisch genauso erfolgreich wird.

Nicole Döltz,
Mitglied des Kreisverbandes der FU

Steinecke: "Vergangenheit nicht vergessen" Gedenkstunde mit ehemaligem Eichmann-Ankläger Bach

Mit einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2008 ehrte das Land Sachsen-Anhalt die Opfer des Nationalsozialismus. Vor Vertretern aus Politik und Gesellschaft, zu denen neben Landtagspräsident Dieter Steinecke und Ministerpräsident Prof. Böhmer auch die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, und der israelische

Gesandte Ilan Mor gehörten, hielt der gebürtige Halberstädter Gabriel Bach im Landtag die zentrale Gedenkrede.

Gebante Ruhe herrschte im Plenarsaal, als Bach von seinen Begegnungen mit Eichmann und seinen Recherchen über den Rassenwahn der Nationalsozialisten berichtete.

Zukünftig erwartet Bach jedoch ein dauerhaft stabiles Verhältnis zwi-

schen Deutschland und Israel. Es gebe zahlreiche belastbare Kontakte. Sowohl auf Regierungsebene, aber auch zwischen den Menschen. Außerdem wertet es Bach als ermutigend, dass junge Deutsche auf die Straße gehen, wenn Rechtsextremisten oder fanatisierte Islamisten das Existenzrechts des jüdischen Staates in Frage stellen.

Zur Verantwortung der heutigen Generation für den Umgang mit der Geschichte betonte Steinecke: "Wir tragen keine persönliche Schuld. Wir können und wollen uns aber nicht von den dunklen Kapiteln unserer Vergangenheit verabschieden, denn es ist unsere Verantwortung, dass wir nicht vergessen." Die Berichte der Erlebnisgeneration müssten genau dokumentiert und für junge Menschen nachvollziehbar aufbewahrt werden. Hier seien auch Schulen und Medienmacher gefordert.

Der Landtagspräsident forderte alle Anwesenden auf, im persönlichen Umfeld Werte wie Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu leben.

Andreas Kern



Die Landesregierung und der Landtag ehrten in einer Gedenkstunde die Opfer des Nationalsozialismus, hier der Naziankläger Gabriel Bach. Bild oben rechts: Im Anschluss wurde im Parlamentsgebäude die Ausstellung "Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?" eröffnet, sie ist dort bis zum 5. März zu sehen. Fotos: Birgit Uebe

Ukraine-Beziehungen haben neue Qualität erreicht

Mehr als 250 Teilnehmer - darunter drei Minister - beim "Wirtschaftstag Ukraine" im November in Magdeburg waren ein eindrucksvoller Beleg für die Aktualität des Themas. Der Vorsitzende des Deutsch-Ukrainischen Forums, Landtagspräsident Dieter Steinecke, war selbst überrascht von der großen Nachfrage. "Zahlreiche neue Kontakte wurden angebahnt, andere Firmen haben ihre traditionellen Beziehungen wiederbelebt. Die Ukraine wird für unsere Firmen immer wichtiger - und sichert so auch Arbeitsplätze in der Region Magdeburg", sagte Steinecke.

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff verwies zudem auf die stark gestiegenen Exporte unserer Firmen. "Der Außenhandel mit der Ukraine war somit eine wichtige Konjunkturstütze für Sachsen-Anhalt, ist aber noch ausbaufähig."

Nach Ansicht von Dieter Steinecke haben die Ukraine-Beziehungen mittlerweile eine neue Qualität erreicht. Dazu beigetragen hat auch die IHK Magdeburg, die regelmäßig Unternehmerreisen in die Ukraine anbietet. Im Herbst will auch Minister Haseloff mitfahren. Neben den Maschinen- und Anlagenbauern ver-



Die deutsch-ukrainischen Beziehungen sind dem Landtagspräsidenten Dieter Steinecke ein Herzensanliegen. Beim "Wirtschaftstag Ukraine" in Magdeburg wurde vor allem auf die noch ausbaufähigen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder hingewiesen. Foto: Deutsch-Ukrainisches Forum e.V.

spricht sich die Bauwirtschaft auch manchen Auftrag, da bei der Vorbereitung der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine zahlreiche Straßen, Hotels und sogar Fußballstadien neu gebaut werden sollen.

Aber auch auf anderen Gebieten gibt es gute Beziehungen. So gibt es im Süden der Ukraine das Naturschutzgebiet "Askania Nova" (= neues Anhalt), welches auf ein Siedlungsprojekt des Herzogs Ferdinand von Anhalt-Köthen und des russischen Zaren Nikolaus I. im Jahre 1828 zurückgeht. Das letzte erhaltene Siedlerhaus des Köthener Hofarchitekten Christian Bandauer soll mit Unterstützung aus Deutschland

saniert und als kleines Museum wiedereröffnet werden. Dieter Steinecke ist dazu in Gesprächen mit dem Verein für Anhaltische Landeskunde und weiteren Befürwortern im Lande. Zudem setzt sich das Deutsch-Ukrainische Forum dafür ein, dass es bald zum Abschluss eines

deutsch-ukrainischen Jugendabkommens kommt. "Wir brauchen für den Schüler- und Jugendaustausch klare Regelungen - aber auch die notwendige finanzielle Absicherung", sagte Steinecke. Dazu soll eine entsprechende Jugendstiftung ins Leben gerufen werden. "Ich würde mich sehr freuen, wenn wir das bis zum Sommer 2009 in trockene Tücher bekommen." Dann würde Steinecke, der auch Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist, am Kiewer Stadtrand gern ein internationales Jugendlager durchführen, um die Gedenkstätte Babyj Jar ansehnlich herzurichten. "Im 70. Jahr des Kriegsbeginns wäre dies ein besonders wichtiges Zeichen zur Versöhnung mit der ehemaligen Sowjetunion und der jüdischen Gemeinschaft", so Steinecke. T. Nawrath

Erfolgsgeschichte der Bürgerbüros

Vor relativer kurzer Zeit wurde im Bürgerbüro West das 10jährige Jubiläum dieser Einrichtung gefeiert. Als die Diskussion um die Errichtung von Bürgerbüros begann war an die aktuelle Entwicklung nicht zu denken.

Im Jahre 1995, also vor 13 Jahren, brachte die CDU-Ratsfraktion erstmalig einen Antrag unter dem Titel "Einrichtung von Bürgerbüros für kommunale Dienstleistungen" in den Stadtrat ein. Nach vielen Diskussionen mit Mitgliedern des Stadtrates, aber auch Vertretern der Verwaltung, darunter sehr viele kritische Stimmen, war es dann endlich so weit. Das erste Magdeburger Bürgerbüro öffnete seine Pforten im Stadtteil Neu-Olvenstedt.

Die anfänglich umfangreichen Planungen zur stadtweiten Etablierung solcher Einrichtungen wurden im Hinblick auf die Bevölkerungsent-

wicklung aber vor allem unter Beachtung finanzieller Aspekte immer weiter reduziert.

Aus Sicht unserer Fraktion bilden aber die vier stationären Bürgerbüros, ergänzt durch das Mobile Bürgerbüro, einen guten Kompromiss zwischen dem Anspruch der Bürger auf eine kundenfreundliche Verwaltung und dem vorhandenen Finanzrahmen.

Begrüßt werden von uns ausdrücklich die Bestrebungen der Stadtverwaltung auch in Fragen der Erteilung von KFZ-Kennzeichen und in Führerscheingelegenheiten die Möglichkeiten der Bürgerbüros im Sinne der Bürgerfreundlichkeit zu erweitern.

Die Bürgerbüros zeigen das öffentliche Verwaltung flexibel auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren kann.

Wigbert Schwenke, Stadtrat



Markenbrillen und Sonnenbrillen von:
Chanel, Armani, Boss, Hugo by Hugo Boss,
Prada, PradaSport, MyKita, RayBan, Nike,
Silhouette, Mikli, G.F. Ferre und mehr...



Brillenglasbestimmung jederzeit ohne Termin!

1a Das Brillenabo
So kauft man heute Brillen

• 24 Raten • Null Zinsen • Passt 100%

Das Brillenabo



OPTIK KRETZER

Inh. Tino Kretzer

Magdeburg • Breiter Weg 214
Tel.: 0391 / 53 53 816
www.optik-kretzer.de

Öffnungszeiten:
Mo. - Fr. 10.00 - 19.00 Uhr
Sa. 10.00 - 14.00 Uhr

Heimat gibt Halt und Orientierung Bundesdelegiertentagung der OMV

CDU-Kreisverband Magdeburg · 39104 Magdeburg · Fürstenwallstraße 17



Helmut Sauer wurde als Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU mit 96 Prozent wiedergewählt. Foto: CDU

Unter dem Leitwort "Heimat ist Menschenrecht" fand die Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) statt.

Nach seiner Wahl dankte Helmut Sauer allen Delegierten für Ihr Vertrauen und wertete die Anwe-

senheit der Bundeskanzlerin sowie des bayerischen Ministerpräsidenten als Beleg dafür, dass die Stimme der Vertriebenen und Spätaussiedler in der deutschen Politik gehört und beachtet werde. Die CDU sei die einzige politische Kraft in der Bundesrepublik, in der die Anliegen der Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten im Ausland Berücksichtigung fänden und vertreten würden, so Sauer. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete in Ihrer Rede vor den über 120 Delegierten und Gästen das Schicksal der Vertriebenen als "Teil der gesamtdeutschen Geschichte" und damit Teil des gesamtdeutschen Schicksals. Heimat sei immer etwas, was auch einen Teil der eigenen Identität bestimme. Heimat sei etwas Vertrautes und gebe Halt und Orientierung, sagte die Kanzlerin. Es sei unsere Aufgabe, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung für künftige Generationen lebendig zu halten. Unrecht bleibe



Unrecht, das auch beim Namen genannt werden müsse.

Der bayerische Ministerpräsident Beckstein sicherte in seiner Rede den Vertriebenen und Spätaussiedlern seine Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zu. Vertreibung bezeichnete er als "schlimmstes Unrecht", weshalb auch ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung gesetzt werden müsse. Deutlich verurteilte Beckstein erneut die Benes-Dekrete als Verstoß gegen Menschenrechte, gegen europäisches Recht und gegen Völkerrecht. Bei der Verwirklichung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" müssen sowohl der Bund der Vertrie-

benen als auch dessen Vorsitzende Erika Steinbach mit einbezogen werden, so die Forderung des Ministerpräsidenten Beckstein.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bergner, hob in seiner Rede die besondere Verpflichtung gegenüber der ihm übertragenen Aufgabe sowie der OMV hervor. Bergner mahnte Solidarität mit den deutschen Volksgruppen insbesondere in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion an, die ein schweres Kriegsfolgenschicksal zu tragen hätten. *Horst Partsch*
Delegierter OMV Sachsen-Anhalt

Schüler Union Magdeburg wurde neu gegründet



Von links: Matti Gündel, André Weber, Florian Bühnemann, Hermann-Johannes Kerl, Jonas Radbruch, Wigbert Schwenke und Alexander Karnop. Foto: Tobias Krull

Am 20. Januar 2008 wurde die Schüler Union (SU) Magdeburg neu gegründet. Dies ist neben den Kreisverbänden Jerichower Land und Harz der dritte Kreisverband der Schüler Union in Sachsen-Anhalt. Zum Kreisvorsitzenden wurde, unter der Leitung des Landesvorsitzenden der Schüler Union André Weber, der 19jährige Abiturient Florian Bühnemann gewählt. Als seine Stellvertreter werden Matti Gündel und Alexander Karnop fungieren. Der Vorstand wird durch Hermann-Johannes Kerl und Jonas Radbruch vervollständigt.

Die Schüler Union wird sich in

ihrer Arbeit mit allen Aspekten rund um das Thema Schule befassen. Des weiteren soll die Mitgliederbasis, die Mitarbeit in der SU ist ab dem vollendeten 12. Lebensjahr möglich, gestärkt werden. Dem anwesenden OB-Kandidaten Wigbert Schwenke, MdL, wurde die volle Unterstützung im anstehenden Wahlkampf zugesichert.

Sowohl die stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Sabine Wölfer als auch der JU-Kreisvorsitzende Tobias Krull brachten ihre Vorfreude auf die Zusammenarbeit mit der Schüler Union zum Ausdruck. *Tobias Krull*

Magdeburg kann mehr!

Am 9. März 2008 ihre Stimme für Wigbert Schwenke.